

Arbeitsblatt: Ist Österreichischs Neutralität obsolet geworden?

Die Verabschiedung des Neutralitätsgesetzes vom 26. Oktober 1955 war unter den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges die Voraussetzung für den Staatsvertrag. Doch die Rahmenbedingungen haben sich in den Jahrzehnten seither geändert. Anlässlich des 60. Jahrestags des Neutralitätsgesetzes im Jahr 2015 kamen die Journalistin Anneliese Rohrer und der Politikwissenschaftler Heinz Gärtner zu gegensätzlichen Antworten auf die Frage zur Rolle der Neutralität heute.



211. Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

- (1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.
- (2) Osterreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

ons I Public Domain

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs



- 1 Analysieren Sie mit Ihrer Sitznachbarin bzw. Ihrem Sitznachbarn jeweils eines der beiden Meinungsstatements (M2, M3) im Hinblick auf Argumente für die jeweilige Position (kennzeichnen Sie diese mit A) und die entsprechende Begründung bzw. Beispiele (kennzeichnen Sie diese mit B). Halten Sie das Ergebnis Ihrer Analyse schriftlich fest. Tauschen Sie die Ergebnisse Ihrer Arbeit aus. Welche der beiden Argumentationen ist für Sie überzeugender? Warum?
- 2 Erstellen Sie anschließend eine Liste von Argumenten für und gegen die Abschaffung der Neutralität.
- 3 Diskutieren Sie aufbauend auf Ihren Erkenntnissen die Ergebnisse einer Meinungsumfrage aus dem Jahr 2019 (M4). Organisieren Sie in der Klasse eine Abstimmung zu der Frage in M4. Vergleichen Sie diese mit den Umfrageergebnissen.



Die vielfach ausgezeichnete Journalistin Anneliese Rohrer sieht die Neutralität als Relikt einer verlogenen Identität Österreichs; auf der Website von Heinz Gärtner (M3) wird ihre Position dargestellt:

Vor genau 60 Jahren wurde das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs geschaffen. Ungefähr 40 Jahre lang konnte es sich unbehelligt zu einer Art Bestandsgarantie Österreichs als "Insel der Seligen" entwickeln. Nach 20 Jahren kam es zur Midlife-Krise. Zweifel an seiner Tauglichkeit, seinem Erfolg, seiner Existenzberechtigung begannen.

Der damalige Bundespräsident Thomas Klestil wollte die Neutralität 1992 in den "Tabernakel der Geschichte" verbannen, wo sie neun Jahre später auch der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zusammen mit Mozartkugeln und allen "Schablonen, die im 21. Jahrhundert keine Gültigkeit mehr haben", sehen wollte. Heute ist sie scheintot, nur hat politisch niemand den Mut, ihr ein Begräbnis erster Klasse auszurichten.



Klestils Worte blieben ohne Resonanz. Er hätte sie 1995 wiederholen müssen, als Österreich die "Partnership for Peace" mit dem Verteidigungsbündnis Nato eingegangen ist, denn in dem Gesetz heißt es, dass Österreich "in aller Zukunft keinem militärischen Bündnis beitreten" werde. Na ja, eine Partnerschaft ist ja kein Bündnis, oder? Wir waren wieder fein aus dem Argumentationsnotstand. 1997 beschloss die ÖVP einstimmig im Vorstand den Beitritt Österreichs zur Nato, ersparte sich aber die Frage der Neutralität. War ja nicht so ernst gemeint. Denn 2002 fasste sie genau den gegenteiligen Beschluss. [...]

Die Streichung der Neutralität aus der Bundesverfassung würde eine Gesamtänderung derselben bedeuten, und eine solche ist zwingend einer Volksabstimmung zu unterziehen. Nun signalisieren aber alle Umfragen eine satte Mehrheit für Beibehaltung der Neutralität. Deshalb passen sich Parteien und Regierungen der Befindlichkeit der Wähler an: Sie wollen von der neuen Wirklichkeit nichts wissen. Sie wollen die Realität, die eine Vergötterung des Fetischs Neutralität gefährlich für die Republik macht, nicht zur Kenntnis nehmen. Sie wollen sich weiter in den Sack lügen und in einem neutralen Verhalten Österreichs (wem oder was gegenüber eigentlich?) eine Art Lebensversicherung sehen, für die sie aber keine Prämie zu zahlen bereit sind.

Sie wollen nicht zugeben, dass Solidarität in Europa im Ernstfall mit Neutralität nicht vereinbar ist. Oder wie der Chef des Generalstabs, Othmar Commenda [2013 – 2018 in dieser Position], jüngst im Fernsehen festgehalten hat: "Für das Heer ist die Neutralität irrelevant." Wenn nicht für das Heer, für wen dann? Seit 40 Jahren drücken sich Politiker und Bürger vor einer ehrlichen Neubewertung eines ehemals sinnstiftenden Gesetzes. Offenbar weiß niemand, wie wir die Neutralität im Ernstfall handhaben würden. Deshalb wäre es ehrlicher, sie endlich zu Grabe zu tragen. Das wäre ein befreiender Abschied und die Chance für eine neue, weniger verlogene Identität Österreichs – in Europa.

https://homepage.univie.ac.at/heinz.gaertner/?p=1281 (11.02.2021)



Für den Politikwissenschaftler und Publizisten Heinz Gärtner stellt die Neutralität für Österreich eine große Plattform in der internationalen Politik dar; auf seiner Website stellt er seine Haltung zu dem Thema jener von Anneliese Rohrer (M2) gegenüber:

Die österreichische Neutralität hat sich als erstaunlich flexibel und anpassungsfähig erwiesen. Sie war immer in der Lage, ein Gleichgewicht zwischen Heraushalten und Einmischen zu finden. Österreich ist nicht Mitglied eines Militärbündnisses, das ein Versprechen einfordert, künftig in einen unbekannten Krieg zu ziehen. Österreich beteiligt sich nicht an fremden Kriegen. Friedensmissionen sollen unter der Oberhoheit der Vereinten Nationen stehen. Der Kalte Krieg war gekennzeichnet durch Blockbildung, Neutralität war die Ausnahme. Diese wurde von dem amerikanischen Präsidenten Dwight Eisenhower geschätzt. [...] Österreichs Neutralität war ein ernsthaftes Vorbild für ein geeintes Deutschland, der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer war aber dagegen und Deutschland blieb im Gegensatz zu Österreich geteilt. Aktiv war Österreich in seiner Neutralitätspolitik. Bundeskanzler Bruno Kreisky nutzte diese Stellung für globale Aktivitäten. Internationale Organisationen siedelten sich in Wien an, Gipfeltreffen fanden statt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges ergibt sich für Österreich die Chance einer engagierten Neutralitätspolitik. Bei internationalen Friedensoperationen des Bundesheeres kann Österreich glaubhaft demonstrie-ren, dass es nicht im Interesse eines Bündnisses oder einer Großmacht handelt. Österreich hat keine geopolitischen Interessen. Wenn sich Österreich bei einer Mission zum Schutz von Zivilisten beteiligt, wie in verschiedenen afrikanischen Ländern, geht es nicht um Öl oder Stützpunkte. Der Flüchtlingsstrom hat deutlich gemacht, wie notwendig diese Stabilisierungseinsätze im Süden sind. Natürlich kann Österreich nicht alleine handeln. Im Rahmen der UN, der EU oder als Nato-Partner setzt Österreich etwa 1100 Soldaten und Soldatinnen ein.

Engagierte Neutralität ermöglicht es auch, im Abrüstungs- und Nichtverbreitungsbereich deutliche Akzente zu setzen. Der wohl größte Erfolg der österreichischen Außenpolitik war das "Wiener Abkommen" über das iranische Nuklearprogramm am 14. Juli 2015. Wien wurde von sechs Weltmächten und dem Iran als Verhandlungsort akzeptiert. Das wurde aber auch deshalb möglich, weil die österreichische Diplomatie Teheran jahrzehntelang die österreichische Neutralität glaubhaft vermittelt hat. Österreich hat auch eine Initiative über die Ächtung von Nuklearwaffen ergriffen. Ein derartiger Aufruf wurde von mehr als 120 Staaten unterzeichnet. Kein Mitglied des Militärbündnisses Nato, das weiterhin auf nukleare Abschreckung setzt, noch ein anderer Nuklearwaffenstaat könnte derart aktiv werden.

Sowohl im Bereich der Friedenseinsätze als auch auf dem Gebiet der Abrüstung hat Österreichs engagierte Neutralität einen entscheidenden Vorteil gegenüber Bündnisstaaten. Sie bietet für Politiker eine Plattform, die für internationale Aktivitäten genützt werden kann. So etwas darf nicht leichtsinnig aufgegeben werden, wie es Gegner der Neutralität unbedacht fordern. Engagierte Neutralität bedeutet nicht Heraushalten, wo möglich, und Einmischen, wo nötig, sondern umgekehrt: Einmischen, wo möglich, und Heraushalten nur, wo nötig.

https://homepage.univie.ac.at/heinz.gaertner/?p=1281 (11.02.2021)

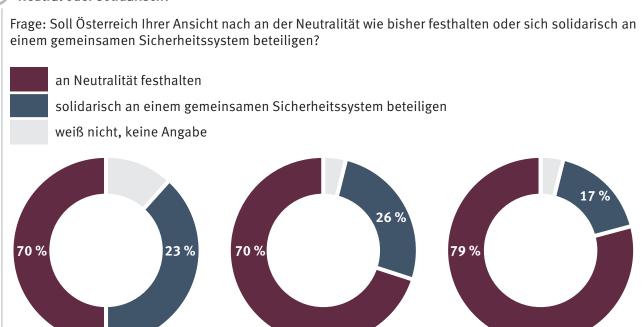


2019

M4

Neutral oder solidarisch?

2003



Ergebnisse von Meinungsumfragen zum Thema Neutralität, durchgeführt im Auftrag der Tageszeitung "Der Standard", Oktober 2019

2011